

Alternativer Energiegipfel der Klima-Allianz, Berlin, 17. Mai 2011

Der Alternative Energiegipfel 2011: Zäsur für die Energiepolitik – Bewertung und Perspektiven der Stromkonzerne in Deutschland

– Konferenzbericht –

„Ich kann mir einen Energiemarkt ohne Brennstoffpreise ehrlich gesagt gar nicht vorstellen.“ Mit diesen Worten brachte **Uwe Knickrehm**, Senior Manager Wirtschaft und Politik bei EnBW eine der aktuell zentralen Konfliktlinien in der Energiewirtschaft plakativ auf den Punkt: denn je mehr Anteile die erneuerbaren Energien erlangen, desto stärker gerät das Business-Modell, bei dem mit der Energiegewinnung aus Kohle, Gas und Uran bislang Geld verdient wurde, unter Druck.

Dass die großen Stromkonzerne mit ihrem atomar-fossilen Kraftwerkspark denkbar schlecht aufgestellt sind und dafür auch an den Aktienmärkten abgestraft werden, zeigte **Christopher Kuplent**, Research Analyst bei Merrill Lynch. So haben zum Beispiel die Aktienkurse von E.ON und RWE seit Fukushima drei bis fünf Prozent an Wert verloren. „Längerfristig mehr und schnellerer Wettbewerb aus erneuerbaren Energien bedeutet Marktanteilsverluste für konventionelle Kraftwerke“, so Kuplent. Der Markt werde für die Auslaufmodelle Kernenergie und Kohlekraft deshalb keine ausreichenden Renditen mehr anbieten können. „Ich sehe die Zukunft der Energieversorger als Systemdienstleister.“

Aufgrund des gestiegenen Wettbewerbs und der hohen Planungsunsicherheit für konventionelle Kraftwerke würden laut Kuplent notwendige Investitionen in effiziente Gaskraftwerke, die für eine Energiewende Richtung 100% Erneuerbare gebraucht würden, derzeit nicht getätigt. Kuplent warf deshalb die Frage nach gezielten Anreizen für Kraftwerksneubauten auf. Derartige „Capacity Payments“ gäbe es bereits heute in England und Russland.

Warum die großen Stromkonzerne nicht schon früher in erneuerbare Energien investiert haben, blieb weitgehend unbeantwortet. „Wir haben spät angefangen, aber es ist noch nicht zu spät“, sagte **Andreas Brabeck**, Abteilungsleiter Politik, Netze, Vertrieb, Gas bei RWE. Er versprach, dass sich der Essener Konzern zukünftig stärker im Bereich der Offshore-Windenergie engagieren werde, um den eigenen Kraftwerkspark klimafreundlicher zu machen. „Wir müssen im Bereich Strom und Wärme bis 2050 CO₂-neutral sein“, erklärte Brabeck.

Sebastian Sladek, Geschäftsführer von EWS Schönau, bezweifelte, ob bei einem Festhalten an einer zentralisierten Energieversorgung die Energiewende überhaupt zu schaffen sein. „Je dezentraler wir sind, desto effizienter können wir sein“, sagte Sladek. In diesem Zusammenhang stellte er auch die von der Deutschen Energie-Agentur (dena) geforderten 3.600 Kilometer Netzausbau in Frage. „Dezentrale Lösungen mit einer hohen Bürgerbeteiligung erhöhen die Akzeptanz der erneuerbaren Energien und ähnliche Modelle sollte man sich auch für den Netzausbau überlegen“, lautete seine Forderung. „Dezentralisierung heißt Demokratisierung und das sollte auch im Interesse der Politik sein.“

Dass die dena-Zahlen auch von der Politik keineswegs als feste Größe angesehen werden sollten, forderte selbst **Andreas Jung**, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung der CDU/CSU. Laut Jung lägen sogar innerhalb der Agentur noch andere Zahlen zum Netzausbau auf dem Tisch.

Neben dem Netzausbau stellt das Thema Energiespeicherung eine der großen Herausforderungen beim Umbau der Energiewirtschaft Richtung 100% Erneuerbare dar. Darauf verwies auch **Dr. Harry Lehmann** vom Umweltbundesamt (UBA). Als eine Option stellte er so genanntes eMethan als Speicherkapazität vor. Damit lassen sich laut Lehmann bereits heute 70 Terrawattstunden Speicherkapazität erzielen, womit zwei bis zweieinhalb Monate Energieversorgung gewährleistet werden könnten. Und beim Thema Energiesubventionen plädierte Lehmann dafür, nicht einseitig die Förderungen für Sonne, Wind und Bioenergie zu beleuchten. Nach Berechnungen des UBA erhalte das „atomar-fossile System“ derzeit immer noch 25 Milliarden Euro jährlich an staatlichen Subventionen.

Die bisherigen Kosten-Nutzen-Analysen für die Erneuerbaren kommen fast alle zu dem Ergebnis, dass es Netto positive Effekte gäbe, betonte **Dr. Bernd Hirschl**, Leiter Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz beim Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Das Problem: einige positive Effekte der Erneuerbaren wie der Merit-Order-Effekt an der Strombörse oder die vermiedenen Energieimporte lassen sich derzeit nicht bilanzieren und tauchen deshalb in volkswirtschaftlichen Untersuchungen nicht auf. Das IÖW hat deshalb die lokale Wertschöpfung der Erneuerbaren (bestehend aus Gewinnen, Steuereinnahmen und Einkommen) näher untersucht und kam zu dem Ergebnis: Zwei Drittel der positiven Effekte geht auf das Konto von Dienstleistungen und Investitionen. Das heißt: auch ohne eine Produktion vor Ort kann eine lokale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien stattfinden.

Dass die Steuereinnahmen zum Beispiel aus der Windkraft bei den Städten und Kommunen überhaupt ankommen, ist auch das Verdienst von **Hermann Albers**, Präsident des Bundesverbandes Windenergie (BWE). Dieser hatte sich beim Bundesfinanzministerium dafür eingesetzt, dass die Steuerpflicht vor Ort vom Fiskus anerkannt wird. Einer der vielen Profiteure: die Kleinstadt Salzhemmendorf im südlichen Niedersachsen. Seit zwei Jahren fließen die Steuereinnahmen aus den vor Ort installierten zehn Megawatt Windenergie direkt in den Stadtsäckel, so **Martin Kempe**, Bürgermeister von Salzhemmendorf.

Dr. Eberhard von Rottenburg, Abteilung Energie und Rohstoffe des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), erklärte, dass es innerhalb des BDI bereits Spannungen gäbe zwischen Mitglieds-Unternehmen, die vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren und jenen, die sich als Opfer steigender Energiekosten sehen. Branchen wie der Maschinenbau und die Glasindustrie gehörten laut des BDI-Experten zu den Gewinnern, die energieintensiven Unternehmen würden jedoch zusätzlich belastet. Dass die Erneuerbaren bei weiter steigenden Preisen für fossile Energien schon sehr bald wettbewerbsfähig sein werden, wollte er jedoch nicht glauben. „Es gibt einfach zu viele Studien und alle behaupten irgendwie etwas Anderes“, so von Rottenburg.

In seinem Schlusswort appellierte **Christoph Bals**, Klima-Experte von Germanwatch und Mitglied der Klima-Allianz, bei den anstehenden politischen Entscheidungen wie der Zukunft des EEG konsequent die Weichen Richtung 100% erneuerbare Energien zu stellen. Innerhalb der nächsten drei Wochen will die Bundesregierung dazu einen Plan erarbeiten und bereits Anfang Juni soll ein neues Energiegesetz verabschiedet werden.